

Wir werden dennoch, um einen rechtlichen Rahmen der Überleitung zu schaffen und nicht Willkür zuzulassen, dem Kompromiß zustimmen. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit

(Beifall bei der PDS)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner :

Danke schön. Als nächster spricht der Abgeordnete Weiß.

Weiß für die Fraktion Bündnis 90/Grüne:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren, auch ich will versuchen, es kurz zu machen.

Die Arbeit an dem Überleitungsgesetz hat gezeigt, daß man auch bei unterschiedlichen Positionen und auch bei Schwierigkeiten zu einem Kompromiß kommen kann und ein solcher Kompromiß ist ebenfalls der Artikel 36 im Einigungsvertrag, dem auch ich vorbehaltlos zustimmen kann im Zusammenhang mit dem Überleitungsgesetz. Wir haben eine Reihe von wichtigen Positionen in diesen beiden Vertragswerken festschreiben können, darunter wichtige Positionen, die wir als Bürgerbewegung von Anfang an vertreten haben, wo wir zwischendurch eine Niederlage erlitten hatten beispielsweise in der Frage der Werbezeiten. Diese Werbezeiten sind wieder korrigiert auf das in der Bundesrepublik übliche Maß, und so werden in den östlichen Bundesländern die gleichen Werberegungen gelten wie in den westlichen.

Es sind durch diese beiden Werke - Artikel 36 und das Überleitungsgesetz - die Voraussetzungen geschaffen, damit der Rundfunk dual, also privatrechtlich und öffentlich-rechtlich auch hier in den östlichen Bundesländern ausgestrahlt werden kann, und wir hoffen, daß die Bundesländer sich künftig einigen werden, daß es zu einem gemeinsamen Programm kommt im Interesse der Bürgerinnen und Bürger, einem gemeinsamen dritten Programm vielleicht im Fernsehen, und daß auf die Art und Weise auch der wichtige Kulturkanal Deutschlandsender erhalten wird.

Ebenso liegt mir das Schicksal des Jugendsenders DT 64 am Herzen, und ich appelliere an die künftigen Rundfunkbeauftragten der Länder, auch dort nach Möglichkeiten zu suchen, um zu einem gemeinsamen Jugendsender zu kommen, denn ich denke, gerade der Identitätsverlust, mit dem unsere Jugendlichen es zu tun haben, macht es notwendig, daß es einen Sender gibt, der sich ganz speziell an sie wendet.

Ich will schließlich appellieren an die Kolleginnen und Kolle-

gen im Fernsehen und beim Rundfunk, an meine Kollegen Journalisten, aber auch an die Techniker. Ich hatte in der vergangenen Woche Gelegenheit, mit den Rundfunkbeauftragten der Länder zu sprechen, und ich habe dabei erfahren, daß die Bereitschaft, die Bereitschaft, in die Länder zu gehen, bei den Kolleginnen und Kollegen außerordentlich gering ist. Ich kann das nicht verstehen; die Arbeit ist da, in den Ländern werden neue Rundfunkanstalten aufgebaut, in den Ländern kann man neuen Rundfunk beginnen, und niemand geht hin. Alles wartet hier in Berlin auf ein Wunder, dieses Wunder wird nicht kommen, das kann ich so sagen, das wissen wir alle miteinander, das sind Illusionen. Vielleicht wird der Produktionsstandort Adlershof erhalten bleiben und unser Produktionsstandort Nalepastraße, aber mit Sicherheit werden die Sendestandorte nicht erhalten bleiben - deshalb mein dringender Appell an die Kolleginnen und Kollegen, besonders auch an die jungen. Ich sehe auch alle Schwierigkeiten, wirklich nach Weimar und nach Rostock, nach Dresden und Halle an die Sender zu gehen.

Schließlich, auch das will ich hier noch sagen, möchte ich mich ausdrücklich hinter Medienminister Müller stellen - Sie wissen, daß das in der Vergangenheit nicht immer der Fall gewesen ist -, zu seiner Aussage, die er zu den Vorstellungen der ARD getroffen hat, mit der ARD am 3.10. auf unsere Frequenzen zu gehen. Ich halte das nicht für richtig. Das ist eine Entscheidung, die den Ländern Vorbehalten sein muß, wann und wo die ARD in den

Ländern beginnt, aber nicht einem zentralistischen Rundfunk. - Vielen Dank.

(Beifall)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner :

Danke schön. Die Aussprache ist damit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung in 2. Lesung über dieses Gesetz. Wer dem Rundfunküberleitungsgesetz, der Drucksache Nr. 134 a, seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Mit vier Gegenstimmen und keiner Enthaltung ist das Gesetz in 2. Lesung angenommen.

Ich kann Ihnen jetzt mitteilen, wie die Abstimmung über die Abberufung des Innenministers ausgegangen ist:

abgegebene Stimmen:	309
gültig:	alle 309
mit Ja gestimmt haben:	107 Abgeordnete
mit Nein gestimmt haben:	184 Abgeordnete
der Stimme enthalten haben sich:	18 Abgeordnete.

Nach dieser Abstimmung hat der Innenminister um das Wort gebeten, um eine persönliche Erklärung abgeben zu können.

(Unruhe auf der Empore, es wird versucht, Transparente zu entrollen. Die Betreffenden werden von Ordnungskräften daran gehindert und aus dem Saal gewiesen.)

Ich bitte die Abgeordneten, Platz zu nehmen und Ruhe zu bewahren. Das andere wird sich schnell erledigen lassen.

(Unruhe im Saal)

Ich bitte die Abgeordneten, Platz zu nehmen, wir verhandeln weiter.

(Nicht zu verstehende Zurufe)

Das wird gemacht, verehrte Abgeordnete. Ich bitte Sie darum, jetzt weiter zu verhandeln. Das Allerbeste ist, wenn wir jetzt weiter verhandeln. Diejenigen, die da oben die Transparente entrollt haben, werden von der Tribüne verschwinden, und wir können hier unten weiter verhandeln.

(Nicht zu verstehender Zuruf)

Das wird jetzt geschehen.

(Zuruf von CDU/DA: Ich möchte beantragen, daß die Tribüne geräumt wird. Ich bitte, über diesen Antrag sofort abstimmen zu lassen.)

Das ist kein Antrag zur Geschäftsordnung. Für Ruhe und Ordnung hat das Präsidium zu sorgen. Diejenigen, die die Transparente entrollt haben, haben inzwischen die Tribüne verlassen. Ich möchte nicht die anderen, die uns sehr freundlich zuhören, durch ein paar Ruhestörer mit bestrafen.

(Beifall bei CDU/DA und SPD - Zuruf: Das ist die größte Blamage für dieses Haus! - weiterer Zuruf: Was heißt denn hier Ruhestörer?)

Zwischenrufe von der Tribüne sind in der Tat Ruhestörungen.

(Nicht zu verstehender Zuruf von der Tribüne - Zuruf: Ruhe da oben!)

Bitte schön, ich hatte Herrn Diestel das Wort erteilt. Er spricht jetzt. Sie können dann gerne zur Geschäftsordnung sprechen.